

Pressesprecher**Bernd Sanders**

Landeshaus

24100 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>e-mail: info@cdu.ltsh.de

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 372/01 vom 18. September 2001

Sylvia Eisenberg: Zwischenbilanz nach Besuchen an 10 Beruflichen Schulen

Eine erfolgreiche Zwischenbilanz ihrer Besuche an Beruflichen Schulen in Schleswig-Holstein zog heute die berufsschulpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Sylvia Eisenberg in Kiel. Die Politikerin hatte sich zu Beginn ihres Eintritts in den Landtag vorgenommen, alle Beruflichen Schulen im Land persönlich kennen zu lernen. 10 der 42 Beruflichen Schulen und drei überbetriebliche Ausbildungsstätten hat sie innerhalb des letzten Jahres bereits besucht.

„Die Beruflichen Schulen sind heute in Teilen große Einheiten mit zwischen 1400 und 3000 Schülerinnen und Schülern, die professionell geführt werden. Hier sind die Schulleiter Manager in Personal- und Organisationsfragen,“ so Sylvia Eisenberg. In der Regel sei die sächliche Ausstattung der Schulen dank der großen Bemühungen der Schulträger gut, wobei die Beruflichen Schulen seit Jahren gute Erfahrungen mit der Unterstützung durch Dritte durch sogenanntes „Sponsoring“ gemacht haben.

Sylvia Eisenberg: „Gleichzeitig haben die Beruflichen Schulen immer wieder ähnliche Probleme zu bewältigen. Ganz oben auf der Sorgenliste stehe die Nachwuchssicherung an Beruflichen Schulen. Ein Drittel aller Berufsschullehrer wird in den kommenden fünf Jahren aus dem Schuldienst ausscheiden. Diese Pensionierungswelle wird ein Loch in die Personaldecke reißen, für das die Landesregierung bisher kein wirklich erfolgsversprechendes Gegenkonzept vorgelegt hat.“ Der drohende Lehrermangel betrifft dabei nicht nur den gewerblich-technischen Bereich, sondern zunehmend auch den wirtschaftlichen Zweig.

„Ein wichtiges Instrument in diesem Bereich gegen zu steuern wäre ein deutliche Attraktivitätssteigerung des Berufsschullehrerberufs. Der einhellige Wunsch der Berufsschulen beinhaltet neben einer Erhöhung der Referendarbezüge auch eine verbesserte Fahrtkostenerstattung. Diese Maßnahmen würden angehen Berufsschullehrern helfen, sich für die Lehrerlaufbahn und gegen eine Karriere in der Wirtschaft zu entscheiden“, so die Bildungsexpertin.

Die treffe auch mit ihrer Forderung, Universitätsabsolventen als Quereinsteiger für eine Übergangszeit für die Berufsschulen zu gewinnen auf Zustimmung in den Beruflichen Schulen, die aber gleichzeitig die Notwendigkeit einer pädagogischen Nachqualifizierung unterstrichen. Qualitätseinbußen dürfe es an den Beruflichen Schulen nicht geben. Sylvia Eisenberg verwies in diesem Zusammenhang auf ihre Landtagsinitiativen zur Nachwuchswerbung, die Neustrukturierung der Lehreraus- und -fortbildung und die Neuregelung der Systemadministration, die gerade in den großen Beruflichen Schulen ein erhebliches Problem darstelle, weil die personellen Kapazitäten fehlen, um die umfassenden Anlagen und Netze zu betreuen und zu warten.

Insgesamt zeigte sich Sylvia Eisenberg erfreut über die Bereitschaft der Beruflichen Schulen, mit Vertretern der Politik das konstruktive Gespräch zu führen. „Vor diesem Hintergrund habe ich mich auch stets über die Begleitung meiner Besuche durch einen Schulaufsichtsbeamten gefreut“, erklärte die Bildungspolitikerin. Auf diese Weise sei gewährleistet, dass die Landesregierung sich ein ebenso objektives Bild über die Schulpraxis verschaffe, wie sie selbst. Es gebe auch gemeinsame Ziele in der Beruflichen Bildung, wie die Weiterentwicklung der Beruflichen Schulen, die sich als Bildungsnetzwerke in den Regionen zukunftsfähig und innovativ darstellen werden. Dazu bedarf es weiterer Anstrengungen, um die Zusammenarbeit mit den Überbetrieblichen Ausbildungszentren zu intensivieren und das Selbstverständnis der beteiligten Partner in den Regionen – Ausbildungsbetriebe, ÜaZs und Berufliche Schulen - neu zu definieren.